

Der Ausschussvorsitzende rief zu diesem Tagesordnungspunkt gleichzeitig auch den Änderungsantrag der CDU- und FDP-Fraktion vom 19.03.2013, DS Nr. 13/0102 auf.

Der Ausschussvorsitzende erlaubte sich zu Beginn der Diskussion darauf hinzuweisen, dass der Beschlussvorschlag im Änderungsantrag zu ändern ist. Eine Passage laute, dass der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss die Durchführung einer Sondersitzung des Ausschusses zum Thema Flugplatz „beschließt“, hier könne es nur heißen, dass er sie „verlangt“. Der weitere Aspekt sei der Satz „Vor dieser Sondersitzung wird über die beantragten Punkte der Grünen nicht abgestimmt.“ Dieser Satz könne so nicht stehen bleiben. Dies könne sich vielleicht aus der jetzt folgenden Diskussion ergeben.

Nunmehr ergriff Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort und begründete den Antrag seiner Fraktion. Einleitend stellte er fest, dass sich das Verhältnis zu Lärm in den letzten Jahrzehnten verändert habe. Lärm werde in seiner Wirkung anders wahrgenommen. Immer häufiger begegne man Lärm im Alltag. Es sei unerheblich, ob es sich um Fluglärm, Straßenlärm oder Schienenlärm handeln würde. Dort, wo Lärm vermeidbar ist, müsse er reduziert werden. Lärm, wenn und wo er entsteht, beeinträchtige immer die Bevölkerung. Es sollten alle Interessen wahrgenommen werden, damit Fliegen leiser wird. Bei der Lärmreduzierung stelle sich die Frage nach dem Weg. Die Befragung, die im Rahmenplanungsbeirat vorgestellt wurde, hat das Ergebnis gezeigt, dass die Bevölkerung durch den Lärm explizit durch den Flugplatz Hangelar teilweise massiv gestört wird. Parallel zum Antrag sei eine Anfrage auf den Weg gebracht worden, die sich im Wesentlichen mit der Umsetzung der Beschlüsse aus dem Jahre 2009 beschäftigt. Die Antwort auf die Anfrage ist vielleicht in Teilen juristisch nachvollziehbar, politisch sei sie ein Offenbarungseid. 2009 sei ein umfassender Beschluss gefasst worden, wonach nur in Teilen eine Umsetzung erfolgte. Mit diesem Antrag soll deutlich gemacht werden, dass man in eine stärker reduzierende Lärmregulierung gehe. Man möchte, dass die Flugzeuge leiser werden. Thema ist auch eine immissionsschutzrechtliche Prüfung. Man wolle die Gyrokopter verbieten, solange sie immer noch nicht lärmgemindert sind. Ein Stückweit gehe es auch um die Bundespolizei. Man sei sich der dahintersteckenden Brisanz auch in Bezug auf die Frage bezüglich des Standortes der Bundespolizei Sankt Augustin insgesamt bewusst. Aber es könne kein Freibrief dafür sein, dass die Bundespolizei nachts um 0.30 Uhr über Wohngebiete üben dürfe. Fluglärm von der Bundespolizei gehöre zum Alltag, aber auch sie müsse sich an Regeln halten und Einschränkungen unterwerfen. Es muss die Fragestellung erlaubt sein, ob dies nicht der falsche Standort für die Luftfahrerschule der Bundespolizei ist. Der Antrag enthalte Dinge, die gehen und die möglich sind.

Herr Schell von der CDU-Fraktion teilte mit, dass man mit den vom Ausschussvorsitzenden gemachten Änderungsvorschlägen im Beschlussvorschlag keine Probleme habe. Das Lärm ein Thema ist, sei keine Frage. Er habe den Eindruck und sei darüber traurig, obwohl es in der Presse anders stand, dass das in gewisser Form ein Wahlkampfthema geworden ist. Dafür gebe es Indizien. Über den Ratsbeschluss von 2011, worüber auch von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gesagt wurde, das man damit Gutes erreicht habe, nachdem man sich zusammengesetzt und einen umfangreichen Konsens gefunden habe, und auch der Rahmenplanungsbeirat habe gute Zustimmung getroffen, so muss er als Vorsitzender

dieses Beirates feststellen, dass, wenn es in Richtung Wahlkampf gehen würde, es bedauerlich wäre. Auch im aktuellen Flyer, der von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Teilen von Hangelar verteilt wurde, stehe, dass weitere gewerbliche Entwicklungen am Flugplatz ohne zusätzliche Emission erfolgen sollen. Dies sei beschlossen worden. So ist es aber nicht beschlossen worden. Lärm sei ein relativer Begriff. Es gehe darum, dass die Immissionen bei den Anwohnern, insbesondere bezogen auf den Werkstattlärm, entsprechend geprüft werden. Einige Punkte im Antrag der Grünen seien gut. Der Antrag der Grünen sei aber gestellt worden, bevor die Bewegungszahlen des Flugplatzes veröffentlicht wurden. Die Motorflugzeuge seien um 24 % von 2012 zu 2011 zurückgegangen, was vielleicht auch zu einem Teil am Lasermessgerät gelegen hat. Die Gyrokopter seien um 7 % zurückgegangen, die Hubschrauber seien im Vergleich zum Vorjahr sogar um 35 % zurückgegangen. Insgesamt habe man 23 % weniger Starts. Dadurch sei es auch zu weniger Fluglärm gekommen. Wenn man sich die Zahlenreihe über Jahrzehnte anschaut, muss man sagen, dass das auch wieder in einigen Bereich ansteigen könnte. Zum konkreten Antrag der Grünen stellte er fest, dass man sein Wissen vertiefen muss, insbesondere auch zu den rechtlichen Aspekten, die im Antrag der Grünen enthalten sind. Dies könne er anhand einiger Beispiele zu den Zahlen im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN deutlich machen, die von den tatsächlichen Zahlen abweichen würden. Bezüglich der Flugschulen gewinne man durch den Antrag den Eindruck, dass Flugschulen Unternehmen 2. Klasse seien. Da werde z. B. zwischen Unternehmen und Flugschulen unterschieden. Grundsätzlich sei aus seiner Sicht eine Flugschule auch ein Unternehmen. Man wolle nicht mehr Flugschulen am Flugplatz. Was auch in der Begründung des Antrags fehlen würde, sei die Auskunft, aufgrund welcher Basis Hubschrauberrundflüge verboten werden sollen. Seine Fraktion möchte vermeiden, dass eine Gefährdung der Unternehmen vor Ort entstehe. Bevor ein Beschluss gefasst wird, möchte er mit Sicherheit wissen, welche Auswirkungen das bei den Unternehmungen habe. Man solle vorher erfahren, was z. B. auch von der Bezirksregierung machbar ist.

Weiter nahm Herr Schell zu den Forderungen im Antrag bezüglich der Übungsflüge nach Sonnenuntergang Stellung. Bezüglich der Hubschrauberflüge der Bundespolizei stellte er fest, dass die Bundespolizei Nachtflugübungen seit vielen Jahren immer in der dunklen Jahreszeit durchführt, und zwar so, dass sie möglichst spätestens um 22.00 Uhr beendet sind. Auch würde die Presse immer informiert, wenn solche Flüge stattfinden. Die Piloten der Landespolizei werden schon seit vielen Jahren in Hangelar ausgebildet. Das sei vor kurzem auch formal festgelegt worden. 1996 hatte die Bundespolizei 4.900 Starts, 2010 3.521 Starts und 2012 gab es 3.273 Starts am Flugplatz der Bundespolizei. Das sei innerhalb der 16 Jahre ein Rückgang um ein Drittel. Die Behauptung, es werde immer mehr, werde durch diese Zahlen nicht getragen. Zu diesem Rückgang komme auch noch ein Rückgang der durchschnittlichen Dezibelzahlen. Wichtige Übungsflüge würden in Hangelar nur noch im geringen Maß durchgeführt. Seitens der CDU sei in 2011 in Hangelar eine Veranstaltung durchgeführt worden, wobei man sich ausschließlich mit dem Fluglärm beschäftigte. Die Veranstaltung habe ungefähr 3 Stunden gedauert; der einzige von den beteiligten Unternehmen und Behörde, der die ganze Zeit von 150 anwesenden Bürgern nicht befragt wurde, sei der Leiter der Bundespolizei gewesen. Die Vorgehensweise der Grünen werde dem größten Arbeitgeber in Sankt Augustin nicht gerecht. Abschließend stellte er fest, dass auf vielen Bereichen ein Wissensdefizit besteht. Dieses sollte

behoben werden. Es soll und muss beschlossen werden, was man selbst tun kann. Er warte auf eine Mitteilung, dass die Antwort eingegangen ist auf ein Schreiben, das die SPD-Fraktion vor fünf Monaten an die Bezirksregierung Düsseldorf gerichtet hat. Deswegen sei man der Meinung, dass, auch im Interesse der Zuschauer, die sicher auch dann kommen werden, alles in einer Sondersitzung besprochen wird, um dann zu sehen, was man beschließen kann.

Der Ausschussvorsitzende stellte fest, dass es ihm bei diesem Thema schwerfalle, sich nicht an der Diskussion zu beteiligen, aber er dennoch mitteilen könne, dass das von Herrn Schell angesprochene Schreiben bei Herrn Nüse von der Bezirksregierung angemahnt wurde.

Dann ergriff Herr Nettesheim von der SPD-Fraktion das Wort. Er zeigte sich verunsichert, da er aus den Ausführungen des Herrn Schell keine deutliche Positionierung seitens der CDU-Fraktion erkennen könne. Er habe das jetzt so wahrgenommen, dass die CDU-Fraktion keine Lärmreduzierung habe möchte. Durch die Belege der sinkenden Flugzahlen sei man wohl der Meinung, es sei alles besser geworden. Daher möchte er die Position seiner Fraktion klarstellen, dass man für den Verkehrslandeplatz in Sankt Augustin-Hangelar ist, aber dass man auch – wie die Grünen – für keinen zusätzlichen Fluglärm ist, sondern für eine Reduzierung des Fluglärms. Es sei an der Zeit, dass die CDU- und die FDP-Fraktion Farbe bekennen, was sie haben möchten. Zu dem Antrag der Grünen könne er mitteilen, dass nicht mit jedem Punkt der Grünen mitgegangen werden kann, wie z. B. der Verlagerung des Ausbildungsstandortes der Bundespolizei. Eine Reduzierung des Standortes der Bundespolizei als wichtigem Arbeitgeber wird abgelehnt. Mit der Bundespolizei müssen aber Gespräche gesucht werden, um den Fluglärm zu vermeiden. Man erwarte für die Zukunft, dass die Bürgerinnen und Bürger die Akzeptanz zum Flugplatz wieder zurückgewinnen. Das ginge nur mit strengeren Regeln für den Landesplatz.

Herr Köhler von der Fraktion Aufbruch! traf zu Beginn seines Beitrages grundsätzliche Feststellungen. Vom und am Landeplatz Hangelar gebe es beträchtlichen Lärm, was allseits bekannt ist. Dazu sei Lärm eine gesundheitliche Beeinträchtigung, was das Wohlbefinden betrifft, aber auch Gesundheit bzw. Krankheit beeinflusst. Daraus folge, dass auch seine Fraktion den Lärm vom Flugplatz, soweit es geht, reduzieren möchte, ohne aber dem Flugplatz den Garaus zu machen. Man wolle den Erhalt des Flugplatzes, aber auch die Reduzierung des Lärms. Die Aufgabe grenze an einer „Quadratur des Kreises“. Beim Landeplatz gehe es nicht nur um Fluglärm, sondern auch um Lärm, der am Boden produziert wird. Bezüglich dieses letztgenannten Lärms habe man einen Bebauungsplan auf den Weg gebracht, mit dem reguliert werden kann, welche Betriebe dort ihre Berechtigung haben. Ohne einen Bebauungsplan hätte man gar keine Chance, lärmintensive Betriebe einfach über das Baurecht auszuschließen. Insgesamt sei es ein komplexes und kompliziertes Thema mit komplizierten gesetzlichen Regelungen und mit komplizierten Zuständigkeiten. Daher sei es gut, sich mit dem Thema, wie im Änderungsantrag begehrt, in einer Sondersitzung zu befassen. Dazu sollten die Fachleute hinzugezogen werden, die für den jeweiligen Regelungsbereich in diesem komplexen System von Regelungen zuständig sind. Sie müssen dabei sein, sonst würde ins Leere gesprochen werden. Im Übrigen könne man beschließen, was man wolle, das würde keine Wirkung haben, wenn nicht alle Gesellschafter, die diese

Flugplatzlandschaft bilden bzw. die Gebietskörperschaften, die dahinterstehen, zusammen an einen Tisch kommen.

Für die FDP-Fraktion sagte Herr Züll zur Positionierung seiner Fraktion, dass im letzten Wahlprogramm gestanden hätte, wie man dazu stehe. Das bedeute, dass man zum Luftlandeplatz stehe. Hangelar sei ein lebenswerter Stadtteil trotz der Beeinträchtigung des Lärms. Aus seiner Sicht her käme Lärm nicht nur vom Luftlandeplatz, sondern auch von der Linie 66, der Deutsche Bahn AG, und, je nach Wetterlage, von dem ein oder anderen lauten Kahn auf dem Rhein. Ihn störe das nicht wirklich. Man stünde zum Luftlandeplatz und vor allen Dingen auch zum Standort der Bundespolizei. Bestimmte Einrichtungen des Bundes und der Länder müssten auch in Sankt Augustin sein. Bei allem was gemacht wird, müsse auf die Rechtmäßigkeit geachtet werden. Das sei man den Mitmenschen, die in dieser Stadt wohnen oder arbeiten, schuldig. Das man Lärm mindern müsse auf allen Ebenen, darüber sei man sich klar, ansonsten möchte man den Luftlandeplatz, aber auch den Standort der Bundespolizei erhalten. Abschließend wies er darauf hin, dass die Landesregierung plane, die sogenannte Lärmaktionsplanung zu erneuern mit der Zielrichtung, dass in der Abänderung eines Erlasses aus dem Jahr 2008 die Auslösewerte von Aktionslärmplänen gesenkt werden sollen. Dazu komme aber der Zusatz, dass dies nicht für andere bestimmte Verkehrsträger gelten solle.

Herr Metz ergriff noch einmal das Wort und fand die Debatte spannend und es mache Freude, darüber zu diskutieren. Den Hinweis auf Wahlkampf im Hinblick auf den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehne er strikt ab. Man befasse sich nicht nur in diesem Jahr, sondern seit vielen Jahren mit diesem Thema, da könne man nicht behaupten, dass ein Jahr vor der Kommunalwahl dies nun zum Wahlkampfthema erhoben werden soll. Bezüglich der Bundespolizei sei es merkwürdig, dass man schon wieder die Standortdiskussion festmache. Man rede seitens seiner Fraktion nicht vom Bundespolizeistandort insgesamt, es gehe einzig und allein um die Luftfahrtschule der Bundespolizei, die die Ausbildung von Hubschrauberpiloten der Bundespolizei, aber auch teilweise von Polizeien aus Europa durchführe. Es gehe lediglich um die Frage nach mehr Lärmschutz bzw. ob Übungstätigkeiten verlegt werden könnten. Bei der Vorgehensweise zur baulichen Entwicklung habe man im Rahmenplanungsbeirat Konsens gezeigt. Aber es bestehe ein Dissens, was die Flugbewegung als solche angeht. Zur Statistik stellte er fest, dass die Zahl der Motorflieger in diesem Jahr tatsächlich abgenommen habe, aber es seien keine Antworten auf die Frage, wann und zu welchen Zeiten der Lärm entsteht. Man möchte eine transparente Statistik haben. Zu den Flugschulen teilte er mit, dass es eine Flugschule gebe, die nur noch Flugzeuge mit erhöhten Schallschutzanforderungen einsetze. Das sei zu begrüßen, aber man frage sich, warum es bei den anderen Flugschulen nicht geht. Von der Flugplatzgesellschaft selber habe seine Fraktion noch keinen Vorschlag gehört, wie man den Fluglärm reduzieren könne. So könne es nicht weitergehen. Bestimmte Leute, auch von der Bezirksregierung usw, einzuladen, sei in Ordnung. Aber dann solle auch die Frage gestellt werden, was denn gehe, um Lärm zu reduzieren. Darum fordere er die Solidarität von denen, die sich durch Fluglärm, Verkehrslärm, Eisenbahnlärm beeinträchtigt fühlen.

Herr Schell ging auf die Frage von Herrn Nettesheim bezüglich der Positionierung der

CDU-Fraktion ein. Die CDU sei ein klarer Befürworter des Verkehrslandeplatzes. Man sei gegen eine Maximierung von Flugbewegungen und gegen eine Maximierung von insbesondere Fluglärm. Man sei auch dafür, wenn es sinnvoll und machbar ist, dass im Bereich Fluglärm Reduzierungen erfolgen, sowohl bei den Fliegenden als auch beim Gewerbelärm. Man möchte erfahren, was geht, um sich messen zu lassen, was dann umgesetzt wird. Er verwies auf den 1. Punkt aus dem Antrag bezüglich des zivilen Bereiches, worin es um die Umsetzung der erhöhten Schallschutzanwendungen geht. Anders als es der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN suggeriere, gehe die Bundespolizei hin und reduziere Lärm. Europäische Piloten würden momentan überhaupt nicht ausgebildet. Auch bildet die Bundespolizei Fluglehrer in europäischen Ländern aus. Man sei nicht gegen alles im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bezüglich des 300 m-Korridors habe er ein Schreiben der Bezirksregierung, das besage, dass dieser Korridor nicht festgelegt ist. Wenn jemand anderes ein Schreiben habe, wo etwas anders steht, müsse das geklärt werden. Die Lärmgegner, die Flieger und die Politiker müssten einvernehmlich festlegen, worüber man redet und was möglich ist.

Herr Nettesheim meinte, dass es Zeit ist, jetzt etwas zu tun. Trotz der geringeren Flugbewegungen empfinden die Bürger, dass der Lärm nicht vermindert ist. Beim angesprochenen Lasergerät habe man zunächst nicht gewusst, dass es ein Prototyp ist. Es liefere Messwerte, die nicht verarbeitet werden können. Das sei nicht zu begreifen. Jetzt müsse endlich gehandelt werden.

Herr Köhler vom Aufbruch! stellte fest, dass davon auszugehen ist, dass gleich die Sondersitzung beschlossen wird. Das sei auch zu unterstützen. Er möchte aber noch einmal unterstreichen, was er vorhin schon gesagt hat, dass es nämlich nichts nützen wird, wenn Sankt Augustin die einzige Gebietskörperschaft ist, die sich das Expertenwissen und die Kenntnisse an Land holt. Auch die anderen Gebietskörperschaften müssen mit ins Boot geholt werden, damit sie auf denselben Stand der Information gebracht werden. Regelungen würden nicht von uns getroffen, sondern sie werden von der Bezirksregierung getroffen, in Gesetzen, in Verordnungen und in Gesellschafterversammlungen. Dazu gehöre es, alle Beteiligten ins Boot zu holen.

Der Ausschussvorsitzende stellte fest, dass er davon ausgeht, dass der Antrag auf eine Sondersitzung auf Mehrheit stoßen wird. Daher frug er die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, falls der Antrag auf Sondersitzung die Mehrheit finde, ob von Seiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dann der Geschäftsordnungsantrag gestellt werde, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in die Sondersitzung zu verweisen. Das wurde seitens der Fraktion signalisiert.

Sodann waren die den Änderungsantrag stellenden Fraktionen damit einverstanden, dass im ersten Satz das Wort „beschließt“, durch „verlangt“ ersetzt wird. Der Ausschussvorsitzende machte deutlich, dass im 2. Satz die Formulierung „möglichst auch Experten“ gewählt wurde, er aber durch die Ausführungen davon ausgeht, dass die Teilnahme der Experten unbedingt notwendig ist. Dies wurde von Herrn Schell bestätigt, dass die Teilnahme der Experten, z. B. von der Bezirksregierung Düsseldorf als unumgänglich gehalten wird, da man aber nicht vorschreiben kann, dass sie daran tatsächlich teilzunehmen haben, soll das Wort „möglichst“ bedeuten, dass die

Verwaltung und auch der Ausschussvorsitzende das möglichste daran setzen, die Experten zu dieser Sitzung einzuladen. Dies wurde so auch bestätigt.

Dann schlug der Ausschussvorsitzende vor, den Satz „Vor dieser Sondersitzung ... “ zu streichen, auch damit war der Ausschuss einverstanden.

Der Ausschussvorsitzende frug sodann, wer einverstanden sei, dem geänderten Beschlussvorschlag, der jetzt wie folgt lautet, zuzustimmen.